

# Ausstellung, Werkstatt, Forum

**Das Haus der Demokratie braucht vor allem ein klares Konzept.**

**Von Bettina M. Wiesmann**

Vorsitzende des Bürgerverein Demokratieort Paulskirche e.V.



Schwindende Wahlbeteiligung auf allen Ebenen, wachsender Zuspruch für Populisten und Radikalisierung politischer Diskurse, ein brutaler Überfall auf ein demokratisches Land im Osten Europas, Abschaffung oder Aushöhlung demokratischer Regierungsformen in aller Welt – die liberale, auf Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit gegründete Demokratie steht unter Druck. Sie muss nicht nur verteidigt, sondern auch vermittelt, eingeübt und begründet werden – besonders jungen Menschen und solchen gegenüber, die neu in unserem Land sind. Das ist mühsam, weil in Zeiten von Internet und Social Media der öffentliche Diskurs zunehmend fragmentiert ist, weil Fake News und parallele Wahrheiten blühen und weil demokratische Spielregeln schnell diskreditiert, aber gar nicht so schnell erworben sind.

Vor diesem Hintergrund irritiert das schleppende Voranschreiten eines Vorhabens, das Frankfurt auf den Leib geschneidert erscheint: die Errichtung eines Demokratiezentrum im Verbund mit dem Denkmal Paulskirche als Ort der historisch-politischen Bildung. Dabei war man gut gestartet – mit einer Förderzusage des Bundes für die Sanierung der Paulskirche und einer Expertenkommission von Bund, Land und Kommune, die ihre Empfehlungen im April veröffentlicht hat. Im Mai folgte das reich gestaltete Jubiläumsfest der Stadt. Zudem wurde 2021 eine Bundesstiftung „Orte der deutschen Demokratiegeschichte“ mit Sitz in Frankfurt gegründet, die Orte wie die Paulskirche in ihrer Wirkung stärken soll.

Als Bürgerverein Demokratieort Paulskirche sind wir überzeugt: Ein Demokratiezentrum Paulskirche in Frankfurt am Main wird dringend gebraucht als Ort der historisch-politischen Bildung, als Lernort zur praktischen demokratischen Beteiligung und als Ort der Reflexion über den Zustand unserer Demokratie und ihre Entwicklungsperspektiven. Das Haus der Demokratie sollte Strahlkraft über Frankfurt hinaus nach Europa entfalten. Sein Auftrag sollte zügig definiert werden, um ein konkretes Raumprogramm ableiten zu können. Erst dann kann die in der Stadt strittige Frage nach dem Bauplatz und der stadträumlichen Gestaltung sinnvoll erwogen werden.

Die Empfehlungen der Expertenkommission haben wichtige Grundlagen gelegt: Das Haus der Demokratie soll der historischen und politischen Bildung in zeitgemäßer Form dienen, zur Stadt hin einladend gestaltet und europäisch eingebettet sein. Drei Wettbewerbe – zur Neugestaltung der Dauerausstellung, zur Frage des Bauplatzes und des Baukörpers sowie zur Möblierung des umgebenden öffentlichen Raums – sollen nach Ansicht der Kommission die Diskussion voranbringen.

Bis heute fehlt aber ein konkretes inhaltliches Konzept für die Institution. Wofür wird der von der Kommission empfohlene Versammlungsraum für 150 bis 200 Personen benötigt? Warum können nicht die nahe der Paulskirche gelegenen vorhandenen Versammlungssäle – unter anderem im Stadthaus, im Institut für Stadtgeschichte, in den Häusern der christlichen Kirchen – in das Nutzungskonzept einbezogen werden? Welchen konkreten Zwecken soll eine modulare Umgestaltung des Plenarsaals der Paulskirche dienen? Warum wird vorab festgelegt, dass das Haus der Demokratie in Signature Architecture auf dem Paulsplatz mit einer Fläche von 4000 Quadratmetern errichtet werden möge, wenn überhaupt nicht klar ist, für welche Aktivitäten diese Flächen benötigt werden? Zudem: Die Paulskirche selbst ist das Signature Building auf dem Paulsplatz, welches in seiner kargen, aber noblen Gestalt von 1948 funktional ergänzt werden und dadurch optimal zur Wirkung kommen soll. Das Haus der Demokratie sollte dienenden Charakter haben, damit die Steine des Denkmals besser sprechen können.

Drei Funktionen eines Demokratiezentrum sind es, die die Paulskirche unserer Ansicht nach allein nicht erfüllen kann: die Funktionen „Ausstellung“, „Werkstatt“ und „Forum“. Wir wollen sie hier erläutern: Der Bereich „Ausstellung“ sollte zum einen die Geschichte der Nationalversammlung, der Paulskirchenverfassung und unserer Demokratie seit 1848/49 erzählen und mithilfe multimedialer und interaktiver Elemente anschaulich machen. Er sollte zum anderen unser institutionelles Erbe erklären und die Grundbegriffe und Funktionsweisen unserer heutigen politischen Ordnung beleuchten. Was macht unsere parlamentarische Demokratie aus? Welche Grundrechte gelten, welche Bedeutung haben Mehrheitsprinzip und Minderheitenschutz, wie funktioniert die föderale Ordnung, welche Bedeutung haben Parteien, Nationen und so weiter? Ergänzt werden sollte diese Präsentation durch wechselnde Ausstellungen zu vergleichenden und vertiefenden Fragen, zum Beispiel: Welche anderen Ausprägungen von Demokratie gibt es weltweit?

Der Bereich „Werkstatt“ sollte grundlegendes demokratisches Handwerkszeug vermitteln, verschiedene Beteiligungsformen einüben und zum praktischen Engagement ermutigen. Behandelt werden sollten Fragen wie: Wie kann ich gewählt werden? Wie wirke ich zielorientiert in Schüler-, Selbstverwaltungs- oder parlamentarischen Gremien mit? Wie führe ich eine Wahl durch? Wie bringe ich meine Positionen außerhalb von Gremien zur Geltung? Wie gründe ich einen Verein? Zielgruppen sollten insbesondere Schüler der weiterführenden Schulen, aber auch Menschen mit Distanz zu unserem politischen System sein, zum Beispiel Zugewanderte, die sich eine aktive demokratische Mitwirkung bislang nicht vorstellen können. In Zusammenarbeit mit der Stiftung Orte deutscher Demokratiegeschichte könnte etwa ein Programm für Schüler der 9. Klassen entwickelt werden, das einen Besuch von Paulskirche und Dauerausstellung mit einem Demokratiepraxis-Workshop und einem Debattenwettbewerb verbindet, eingebettet in ein Unterrichtsmodul der Fächer Geschichte beziehungsweise Politik und Wirtschaft und gekrönt durch die Überreichung einer Ausgabe des Grundgesetzes für jeden Teilnehmer.

Das „Forum“ sollte als Zentrum für europäische Debatten geführt werden und grundsätzliche Demokratiefragen im Lichte historischer Entwicklungen und aktueller Herausforderungen

behandeln – wie Demokratie und Big Data, Demokratie und Klimawandel. Es sollten wissenschaftliche Fragestellungen abgeleitet, Forschungsergebnisse reflektiert und interdisziplinär wie international verbunden werden. Auch eine Forschungsstelle gemeinsam mit der Goethe-Universität und deutschen und europäischen Partnern könnte gebildet werden. Um die Debatten einem breiten, über Frankfurt hinausgehenden Publikum zugänglich zu machen, sollten die Räumlichkeiten mit internationaler Konferenztechnik ausgestattet sein und auch interaktive Formate mit Laborcharakter ermöglichen.

Entscheidend für den Erfolg des Hauses der Demokratie wird sein, ob der Anstoß zum aktiven Engagement greift. Denn die Demokratie benötigt aufgeklärte und aktive Demokraten – Menschen, die sich im institutionellen Gefüge unserer parlamentarischen Ordnung wie im politischen Vorfeld zurechtfinden, über historisches Bewusstsein verfügen und sich einzubringen bereit sind. Dafür sind Kenntnisse erforderlich. Begriffe, Rechte, Aufgaben und Pflichten, Institutionen und Verfahren, auch das Zusammenspiel unter ihnen müssen gekannt werden, um sich ihrer zu bedienen und sie gegebenenfalls zu verändern. Denn Demokratie ist nicht nur die vielzitierte „Lebensform“, die bereits in der Familie, im Kindergarten, in der Schule und im Verein praktiziert werden kann. Sie ist auch eine Herrschaftsform zur Organisation des Miteinanders von Menschen, die Voraussetzungen und Mechanismen hat, zum Beispiel Regeln der Meinungs- und Mehrheitsbildung, der Entscheidung und Umsetzung.

Wenn wir unsere Demokratie gegen Anfeindungen und Ermüdungen verteidigen wollen, geht das nur mit der Anstrengung, unsere historischen Wege und Irrwege zu begreifen, und mit dem Mut, im institutionellen Gefüge einen persönlichen Beitrag zu leisten. Ohne Herkunft gibt es keine Zukunft, und ohne engagierte Bürger gibt es keine Demokratie.

*Unter dem Titel „Anstoß zu aktivem Engagement“ veröffentlicht am 22.10.2023 in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*